

## Zusammenstellung wichtiger Eckwerte des 3.Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung vom 27.06.2008 (Basis Zusammenfassung VdK)

1. Wichtige Eckwerte
  - es fehlt ein Gesamtkonzept auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik
  - jeder vierte Bürger ist direkt und dauerhaft von Armut betroffen
  - die Armutsrisikoschwelle wurde von 938 auf 781 € abgesenkt (ohne Begründung)- Kleinrechnung dieser Schwelle (statistische Bereinigung)
  - Armut im Osten höher als im Westen
  - gefährdete Gruppen Arbeitslose (43 %), Alleinerziehende (24 %) und ohne Berufsausbildung (19 %)
  - reiche Personen- Erhöhung von 5 Mill. auf 6,8 Mill.
2. Armutsrisiko in Deutschland
  - Armutsrisiko durch Sozialtransfers (ALG II, Sozialgeld etc.) von 26 auf 13 % gesenkt
  - Armutsrisiko im Westen 12 %, im Osten 27%
  - Armutsquote ist von 1998 zu 2005 auf 18 % gestiegen
  - Vergleich BRD 781 zu Portugal 366 und Lettland/ Litauen 127 €/ Monat (Armutsrisikoschwelle)- ist naturgemäß so nicht vergleichbar
3. Einkommens- und Vermögensverteilung
  - von 2002 bis 2005 gingen die durchschnittlichen Reallöhne um 4,8 %, von 24.837 auf 23.684 € zurück
  - Niedriglohnbereich 2002- 35,5 - 2005 36,4 % aller Beschäftigten (1990- ca. 25 %)
  - auf Basis Preisentwicklung bereinigte Einkommen pro Haushalt von 2002- 19.255 auf 2005- 18.778 € Absenkung
  - im Osten 16.370 zu 15.739 €
  - „Mittelschicht“ von 53 auf 50 % gesunken
  - obere Einkommen- Steigerung um 1,6 %
4. Verringerung des Armutsrisikos durch steuerliche Umverteilung
  - 10 % der Steuerpflichtigen tragen 52 % der Steuerlast
  - diese Wirkung wird durch Mehrwert-, Mineral- und KfZ- Steuer regressiv abgeschwächt
  - Bezieher hoher Einkommen werden durch Beitragsbemessungsgrenzen geschont
  - Reichensteuer erreicht nur 0,16 % der Steuerpflichtigen
  - die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts der Steuerfreistellung des Existenzminimums (soziokulturell) ist nicht umgesetzt
5. Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt
  - Beschäftigungsentwicklung ist nicht gleichzusetzen mit Rückgang Armutsrisiko
  - positiv- Rückgang der Arbeitslosen (statistisch) von 5,2 auf 3,3 Mill. ; Erwerbstätigenquote der Älteren bis 2010- Ziel 55 % von 33,7% auf 51,5 %;
  - Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse ca. 27 Mill.- seit 1998 gleich
  - Zahl „Leiharbeiter“ 2003- 327.000, 2006- 631.000 und Juni 2007- 731.000
  - 165 und 400 € Jobs bilden keine Übergangsfunktion in reguläre Beschäftigung
  - Niedriglohn bei Vollerwerbszeit gestiegen von 8,8 auf 9,3 % im Durchschnitt; im Westen 2005 bei 6,8 im Osten bei 19,4 %
  - „Aufstocker“ 2007- 961.000 Vollerwerbstätige

## 6. Regelsätze

- das soziokulturelle Existenzminimum soll durch die Regelsätze abgedeckt werden
- das heißt: Bedarf an Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, persönliche Bedürfnisse und Beziehungen zur Umwelt und Teilhabe am kulturellen Leben
- Basis bildet die Verbrauchsstichprobe der untersten 20 % der Haushalte (EVS)
- entsprechend Kostenentwicklung muss ein Mindestwert von 420 € definiert werden
- einmalige Beihilfen (z. B: Reparaturen) sind nicht vorgesehen
- es können aus den Regelsätzen keine Rücklagen gebildet werden
- nachvollziehbare Regelleistung für Kinder fehlt völlig
- Kosten für Erziehung und Bildung fehlen völlig

## 7. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

- der 3. Bericht setzt sich nicht weiter auseinander
- ein Jahr ALG- II führt zu einer Rentensteigerung von 2,19 € = Altersarmut
- Zwangsverrentung erst mit 63

## 8. Lebenslage von Kindern

- 2004 lebten in BRD 12 Mill. minderjährige Kinder
- Kinder in Alleinerziehenden Haushalten 1,5 2003 und 1,6 Mill. 2006
- Nach SGB II Statistik Jan. 2008 leben 1,8 Mill. Kinder in 1,1 Mill. Bedarfsgemeinschaften
- in der Armutsrisikoquote leben 17,2% aller Kinder und Jugendlichen das sind 2,4 Mill. in 1,4 Mill. Haushalten

## 9. Bildungschancen

- Rückgang der Ausgaben von 1995 von 6,9 auf 2005 von 6,3 %
- 2005 haben ein Fünftel der 30- 40 Jährigen, deren Eltern keinen Abschluss der Sekundärstufe II hatten diesen auch nicht
- Betreuungsquote im Osten (unter 3 Jahren) lag 2007 im Osten bei 41, im Westen bei 9,9 %
- 13,8 % aller Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss
- Quote Sonderschüler stieg von 1994 zu 2002 von 382.000 auf 429.400

## 10. Ausmaß Altersarmut

- 2006 bezogen 2,3% aller Rentner Grundsicherung
- insgesamt ca. 682.000 Bürger
- Erwerbsminderungsrenten lagen im Westen 2006 bei 667, im Osten bei 601 € (Männer) und 575 und 624 bei Frauen
- Anzahl dieser ging von 1993- 271.541 auf 159.715- 2006 zurück- Grund ist die Verschärfung der Zugangsregelung 2001
- Die Risiken der Altersarmut verschärfen sich durch:
  - Lohnniveau und Renteniveau sinken
  - Beschäftigte im Niedriglohnbereich steigen im zweistelligen Bereich
  - überdurchschnittlich hohe Langzeitarbeitslosigkeit
  - die Erwerbslage lässt keine Alterssicherheitsvorsorge der Betroffenen zu

## 11. Das BSG hat gerichtlich festgestellt, das die Verpflegung bei einem

Krankenhausaufenthalt nicht als Einkommen auf das ALG II anzurechnen ist.

## 12. Die Krankenkassenbeiträge sollen weit über 15 % steigen.